

MONITOR

DEMOKRATIE/PARTEIEN

Mehr innerparteiliche Demokratie wagen

Wahlen zum Parteivorsitz bei CDU und SPD (Kurzfassung der gleichnamigen Studie von Dr. Benjamin Höhne)

- › Es ist eine Zunahme innerparteilicher Demokratie von konsens- zu wettbewerbsorientiert zu beobachten.
- › Damit einher gehen im Idealfall ein höherer Grad an Selbstermächtigung mit Blick auf die Kandidatur sowie Inklusion und Partizipation der „einfachen“ Parteimitglieder.
- › Vorläufig zu konstatieren ist eine Öffnung für andere Kandidatinnen und Kandidaten sowie eine verstärkte Flügelmobilisierung. Die Befunde unterstreichen den experimentellen Charakter der Veränderungen.
- › Die Mitgliederbefragung zur Wahl der/des Vorsitzenden hat sich als Instrument bewährt. Ihre Vermeidung kann in Zukunft Erklärungsbedarf bedeuten. Dabei ist die Digitalisierung innerparteilicher Demokratie noch ausbaufähig.
- › Als Instrument der Krisenreaktion und zur Befriedung innerparteilicher Konflikte erscheint eine Zunahme an innerparteilicher Demokratie kurz- und mittelfristig geeignet.
- › Es besteht das Risiko, dass offenere innerparteiliche Verfahren durch populistische Kommunikation, parallele Arenen und die Privatisierung von Kandidaturen unterminiert oder sogar gekapert werden.

Inhaltsverzeichnis

Die demokratisierte Führungsauswahl als neuer Trend	2
Forschungsstand zu Parteivorsitzendenwahlen.....	3
Thesen zur innerparteilichen Demokratisierung	3
Die demokratisierte Führungsauswahl in den Parteien als neuer Trend.....	4
Effekte innerparteilicher Demokratisierung	5
Außenseiterimage als neuer Trumpf?	5
Mobilisierung von Öffentlichkeit und Mitgliedschaft?	5
Befriedung innerparteilicher Konflikte?	6
Dynamiken innerparteilicher Repräsentation an der Spitze von Parteien...	7
Impressum	10

Die demokratisierte Führungsauswahl als neuer Trend

In vielen westlichen Demokratien hat die Wahl der Parteivorsitzenden in der jüngeren Vergangenheit Demokratisierungsschübe erfahren. Demgegenüber sind die deutschen Parteien für ihre stabilen Rekrutierungsbedingungen bekannt, die an „Krönungsmessen“ erinnern. In jüngster Zeit lassen sich jedoch bei CDU und SPD Veränderungen ausmachen, die als nachholende Demokratisierung mit experimentellem Zuschnitt beschrieben werden können.

Empirisch im Mittelpunkt steht die Input-Dimension der innerparteilichen Demokratie, wobei das traditionelle Rekrutierungsmodell im Zeitraum von 1990 bis 2016 mit den aktuellen Wandlungen zwischen 2017 und 2022 verglichen wird. Diese umfassen vor allem Elemente der Dezentralisierung, eine umfassendere Einbeziehung der Parteimitgliederbasis, vermehrte Eigeninitiativen bei der Kandidatur und eine Zunahme des sichtbaren Wettbewerbs zwischen den Kandidierenden. Bei diesem mehrschichtigen Wandel handelt es sich jedoch nicht um eine Einbahnstraße. Vielmehr kann teilweise auch eine Rückkehr zu traditionellen Auswahlmustern beobachtet werden. Dies legt die Frage nahe, welche Effekte mehr innerparteiliche Demokratie auf die Parteien und deren Handeln hat.

Mitgliederbefragungen sind das wichtigste Element der Demokratisierung von innerparteilicher Demokratie, wobei auch Regionalkonferenzen Demokratisierungspotenzial haben. Beide erhöhen die Inklusion der Parteimitglieder in den Entscheidungsprozess in unterschiedlichem Ausmaß. Beide schaffen Transparenz: zum einen beim Verfahren zur Besetzung der Parteispitze, zum anderen beim persönlichen Profil der Antretenden sowie ihrer programmatischen und sonstigen Ziele für die eigene Partei. Während Mitgliederbefragungen unmittelbar entscheiden, können Regionalkonferenzen parteiinterne Stimmungen sichtbar machen, sie sogar beeinflussen und damit einen mittelbaren Effekt auf das personelle Ergebnis am Ende zeitigen.

Forschungsstand zu Parteivorsitzendenwahlen

Durch Mitgliederverluste hat sich die Verankerung von Parteien in der Gesellschaft abgeschwächt.¹ Eine Reaktion darauf ist die vermehrte Einbeziehung der Mitglieder in die interne Entscheidungsfindung mit dem Ziel, die Partei zu modernisieren. Mehr Mitgliederbeteiligung ist auch vor dem Hintergrund der populistischen Herausforderung erstrebenswert² – gehört doch zu deren Standarderzählungen die vermeintliche Abgehobenheit der schon länger etablierten Parteien von der Bevölkerung.³ Eine ebenfalls verbreitete These ist, dass Demokratisierung höhere Parteieliten stärkt und ihnen dabei hilft, ihre Position im Parteiparat aufrechtzuerhalten. Dabei wird darauf abgezielt, mittlere Eliten bei Entscheidungsprozessen zu umgehen und sie letztlich dadurch zu schwächen.⁴

Eine demokratisierte Auswahl der Parteiführung verspricht Ansehens-, Partizipations- und Legitimationsgewinne. Dazu können vor allem Neueintritte beitragen, die auch das öffentliche Image einer Partei aufpolieren können.⁵ Langfristige Effekte scheinen eher begrenzt, vor allem im nicht unwahrscheinlichen Fall, dass sich Neumitglieder kaum dauerhaft in ihrer Partei verankern.⁶ Auch der Testlaufgedanke spielt eine Rolle. Es wird geprüft, wie Kandidierende beim Zielpublikum ankommen. „Leichen im Keller“ können im innerparteilichen Vorwahlkampf aufgespürt werden und würden im eigentlichen Wahlkampf keinen Störfaktor mehr darstellen.

In jedem Fall besteht bei Wahlen zum Parteivorsitz mehr Unsicherheit über den Ausgang. Entscheidend ist, wer mobilisieren kann. Radikale, unzufriedene Gruppen sind womöglich leichter zu mobilisieren als der Mainstream einer Partei. Ein Elitenkonsens kann sich als tragfähiger erweisen als eine Kampfkandidatur. Diese Gefahr besteht, wenn die unterlegenen Parteimitglieder das Ergebnis nicht akzeptieren.⁷ Polarisierte Wahlen können eine neu gewählte Führung schwächen.⁸ Schließlich binden Vorwahlen auch Zeit und Ressourcen.

Thesen zur innerparteilichen Demokratisierung

Die jüngsten Wahlen zum Parteivorsitz in CDU und SPD können als Verschiebung vom Modell konsensorientierter zu wettbewerbsorientierter innerparteilicher Demokratie beschrieben werden. Bei der wettbewerbsorientierten Demokratie können alle Parteimitglieder, die sich an der Auswahl der neuen Parteiführung beteiligen wollen, auch tatsächlich mitwirken. Diese Inklusionsmaxime schließt an das basale Verständnis von Demokratie an, das die unbeschränkte Beteiligung Aller zur Norm erhebt.⁹ Zweitens können die Parteimitglieder zwischen mindestens zwei vielversprechenden Personen auswählen und nur wenn sie eine (wirkliche) Wahl haben, kann von einer effektiven Beteiligung gesprochen werden. Konkret bedeutet Demokratisierung:

- › Die maßgebliche Ebene der Entscheidungsfindung bleibt zentral, das heißt auf Bundesebene.
- › Es gibt eine Machtverschiebung von der Vorentscheidungs- auf die Letztentscheidungsarena.
- › Die Richtung der Entscheidungsfindung verschiebt sich von *top-down* zu *bottom-up*.
- › Selbstkandidaturen bilden den neuen vorherrschenden Modus.
- › Der Formalisierungsgrad der demokratisierten Auswahlprozesse nimmt kaum zu.
- › Die Transparenz der Entscheidungsfindung wird größer.

Die demokratisierte Führungsauswahl in den Parteien als neuer Trend

Deutsche Parteien sind für ihre langjährig stabile, konsensorientierte Rekrutierung von Parteivorsitzenden bekannt¹⁰, in der Partieliten aus Bund und Ländern oft „hinter verschlossenen Türen“ verhandelten.¹¹ Die Wiederwahl resultierte häufig aus einem kontinuierlichen Bemühen um Machterhalt, das sowohl gute Wahlergebnisse als auch die Einbindung verschiedener Parteiflügel und Gremien während der Amtszeit erfordert.

Gemäß dem deutschen Parteiengesetz hat ein Bundesparteitag das letzte Wort. Dieser findet meist als Delegiertenversammlung statt. Alternativ kann eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, wie es bei der AfD zu Beginn ihres Bestehens der Fall war.¹² Bei der Wiederwahl oder erstmaligen Wahl zum Parteivorsitzenden trat üblicherweise nur eine vorgeschlagene Person (erneut) an. Ihre Wahl glich faktisch einer Akklamation, vergleichbar mit einer „Krönungsmesse“.¹³ Traditionell wurden erfahrene Parteimitglieder rekrutiert, die sich über einen langen Zeitraum parteipolitische Führungsfähigkeiten angeeignet hatten – sei es auf Landesebene wie bei Helmut Kohl, Rudolf Scharping oder Gerhard Schröder oder auf Bundesebene wie bei Rainer Barzel, Wolfgang Schäuble oder Angela Merkel.

Das erste Element der Demokratisierung bei der Auswahl der CDU- und SPD-Führungsspitze war eine Dezentralisierung, die vor allem durch eine Reihe von Regionalkonferenzen umgesetzt wurde. An diesen Konferenzen konnten alle Mitglieder beider Parteien teilnehmen. Der Ablauf war bei beiden Parteien ähnlich. Das zweite Element waren die Mitgliederbefragungen. An der CDU-Mitgliederbefragung Ende 2021 beteiligten sich 66,1 Prozent aller Mitglieder. An der SPD-Mitgliederbefragung zur neuen Doppelspitze nahmen im Herbst 2019 53,3 Prozent aller Mitglieder am ersten Wahlgang und 54,1 Prozent an der Stichwahl teil. Nach Auskunft der CDU wählten 52 Prozent online und 48 Prozent postalisch. Für die SPD konnten keine Angaben zum Verhältnis zwischen digitalen und postalischen Stimmen ermittelt werden, auch nicht auf Nachfrage.

Im Vergleich der Mitgliederbefragungen mit den Regionalkonferenzen und Bundesparteitagen kann festgehalten werden, dass mit der Mitgliederbefragung tatsächlich die höchsten Teilnahmezahlen erreicht wurden. Diese lagen deutlich über dem üblichen Partizipationsniveau im Parteialltag, zum Beispiel auf einer lokalen Mitgliederversammlung.¹⁴ Dass sich nicht alle Mitglieder an den beiden Mitgliederbefragungen beteiligt haben, hat (ebenfalls) mehrere Gründe. Zum einen können die Mitgliederkarteien der Parteien „Karteileichen“ beinhalten. Zum anderen kann neben einem Ermüdungseffekt infolge mehrerer hintereinander abgehaltener Mitgliederbefragungen, wie es womöglich bei der SPD der Fall war, auch der Entscheidungsgegenstand selbst und seine Mobilisierungsfähigkeit eine Rolle spielen.

Die Regionalkonferenz ist formal gesehen ebenfalls eine sehr inklusive Form der Mitgliederbeteiligung: Sie steht allen Mitgliedern offen. Jedoch sind sie deutlich weniger inklusiv als Mitgliederbefragungen. Während an der analysierten Mitgliederbefragung der CDU fast zwei Drittel der Mitglieder und bei der SPD etwas mehr als die Hälfte teilnahmen, lagen die Beteiligungswerte der Regionalkonferenzen beider Parteien im niedrigen einstelligen Bereich. Dieses niedrige Beteiligungsniveau ist vor allem auf Selbstausschließungen infolge eines höheren Partizipationsaufwands (Zeit, Fahrtkosten) zurückzuführen. Dass die Inklusionsquote der Regionalkonferenzen bei der SPD um circa einen Prozentpunkt höher als bei der CDU war, dürfte vor allem an der fast dreimal höheren Anzahl an Einzelveranstaltungen gelegen haben (SPD: 23, CDU: 8).

Ausgehend von der Mitgliederbefragung über die Regionalkonferenz bis hin zum Delegiertenparteitag ändert sich die Zusammensetzung der Partizipationsarenen mit zunehmender (formaler und faktischer) Exklusion der Mitgliederbasis immer stärker. Die Partielitendurchdringung nimmt

zu. Regionalkonferenzen sind eine Domäne der aktiv in den Parteien engagierten Mitglieder. Die Mitgliederbefragungen werden von der Mitgliederbasis dominiert, die zu großen Teilen am täglichen Parteigeschehen kaum aktiv mitwirkt.

Effekte innerparteilicher Demokratisierung

Mit Blick auf die internationale Parteienforschung ist es wichtig, Mitgliederbefragungen und Regionalkonferenzen nicht vorschnell mit Demokratisierung gleichzusetzen.¹⁵ Diese innerparteilichen Instrumente können auch als Versuch der Parteiführungen interpretiert werden, ihren Einfluss im demokratisierten Auswahlprozess zu wahren. Beide Ansätze umgehen die traditionelle Mehrebenenhierarchie und die Meinungsbildung über das Delegiertenprinzip. Dabei kann ein kommunikativer Austausch mit der Parteibasis entstehen, der über etablierte Kanäle und den parteiorganisatorischen Mittelbau hinausgeht. Dennoch dürfen strategische Überlegungen der Parteioberen den Ausbau der innerparteilichen Demokratie nicht untergraben. Unabhängig vom Grad der Einbindung der Mitglieder in die Entscheidungsfindung sind Selbstbewerbungen für Parteivorsitzende häufiger geworden. Überraschenderweise zeigt sich diese Wettbewerbssituation auch auf Delegiertenparteitagen, obwohl sie dort weniger wahrscheinlich ist als bei Mitgliederbefragungen. Die Offenheit dieser Verfahren signalisiert, dass die traditionell auf Konsens ausgerichtete innerparteiliche Demokratie in CDU und SPD zunehmend wettbewerbsorientiert wird. Mehr Personen kandidieren für den Parteivorsitz.

Außenseiterimage als neuer Trumpf?

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde Martin Schulz neuer Vorsitzender der SPD. Obwohl seine Wahl nach altbekanntem Muster einer „Krönungsmesse“ glich, war sie nicht als Teil der Demokratisierung innerparteilicher Prozesse einzustufen. Das Besondere lag jedoch in seinem Außenseiterimage. Schulz markierte den Beginn einer Entwicklung, bei Bewerbern für das Amt des Parteivorsitzenden den Anschein zu erwecken, nicht dem Partei-Establishment anzugehören.

Schulz präsentierte sich als politischer Außenseiter, betonte seine Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament und sein ehrenamtliches politisches Engagement als Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig hob er seinen Beruf als Buchhändler hervor. Tatsächlich war Schulz ein erfahrener Vollblutparteiopolitiker: Er wurde bereits 1994 als Europaabgeordneter gewählt und war von 2012 bis 2017 Präsident des Europäischen Parlaments. Offenbar haben sich für Personen mit Außenseiterimage die Eintrittsbarrieren im Auswahlprozess verringert. Die Zunahme von Selbstkandidaturen erweitert das Spektrum der zur Wahl stehenden Personen. In der SPD setzte sich die erste Doppelspitze durch, während in der CDU Friedrich Merz als erfolgreicher Geschäftsmann, der sich vor einem Jahrzehnt aus der Politik zurückgezogen hatte, kandidierte.

Mobilisierung von Öffentlichkeit und Mitgliedschaft?

Martin Schulz' Wahl führte zu einem „Parteierwachen“, wie es in der akademischen Literatur zur Wahl von Parteivorsitzenden beschrieben wird. Sein sorgfältig konstruiertes Image als politikferner Underdog trug zu einer bis dato nicht bekannten Mobilisierung innerhalb des SPD-Vorfelds bei. Medien sprachen vom „Schulz-Zug“ oder „Schulz-Hype“. Allerdings war dieser Effekt nicht auf die Demokratisierung der innerparteilichen Prozesse zurückzuführen. Unmittelbar vor der Schulz-Wahl erlebte die SPD in Meinungsumfragen einen beinahe schwindelerregenden Aufschwung: Ausgehend von 21 Prozent im Januar 2017 lag sie im März 2017 bei 32 Prozent. Diese Zustimmung von fast einem Drittel hat sie bis heute nicht wieder erreicht.

Allerdings geriet der Schulz-Zug bald ins Schlingern. Bei der Saarlandwahl Ende März 2017 verlor die SPD einen Punkt und erreichte 29,6 Prozent. Von allen nachfolgenden Wahlen zum Parteivorsitz in der SPD hatte keine einen ähnlichen demoskopischen Effekt wie bei Schulz. Der Mitgliederzuwachs der SPD seit Anfang 2017 kehrte sich bald in eine Phase der Stagnation um. Im Zuge der

Schulz-Euphorie konnte die SPD noch rund 25.000 neue Mitglieder begrüßen. Dies war der erste von insgesamt zwei größeren personellen Zuwächsen seit 1990. Der zweite Mitgliederzuwachs folgte Ende 2017 im Rahmen des Mitgliedervotums zur Fortsetzung oder zum Ausstieg aus der innerparteilich umstrittenen Großen Koalition. Ein weiterer signifikanter Zustrom blieb aus, auch nicht im Vorfeld der Mitgliederbefragung ab Mitte Oktober 2019 zum neuen Führungsteam, die Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans für sich entschieden. Seit Anfang 2019 setzte sich die altbekannte Mitgliederschmelze fort, unterhalb des Ausgangsniveaus der Zeit vor Schulz.

Im Fallbeispiel der CDU scheinen die demoskopische Zustimmung und die Mitgliederentwicklung gänzlich von den Wahlen zum Parteivorsitz entkoppelt zu sein. Auf- und Abwärtsbewegungen bei der sogenannten Sonntagsfrage, die die Zustimmung zu den im Bundestag vertretenen Parteien ad hoc misst, folgen anderen Ereignissen, insbesondere Wahlen. Beispielsweise musste die CDU bei der Landtagswahl in Hessen im Oktober 2018 einen schmerzhaften Verlust von 11,3 Prozentpunkten hinnehmen, woraufhin Angela Merkel ihren Rücktritt als Parteivorsitzende ankündigte.

Befriedung innerparteilicher Konflikte?

Die beiden jüngsten Mitgliederbefragungen bei CDU und SPD wurden durch die Partieliten initiiert. Beide Parteien haben somit gemeinsam, dass ihre Demokratisierungsprozesse nicht von der Mitgliederbasis ausgingen. Dies unterstreicht das Verständnis einer Mitgliederbefragung als Instrument der Partielite zur Mitgestaltung innerparteilicher Willensbildung. Die Einführung der Mitgliederbefragung in beiden Parteien kann weniger als normativer Selbstzweck, denn als Teil ihres Krisenmanagements verstanden werden.

Eine Demokratisierung innerparteilicher Prozesse findet vor allem dann statt, wenn die Entscheidungsnot der Parteien groß ist. Beide Mitgliederbefragungen wurden vor dem Hintergrund länger schwelender innerparteilicher Konflikte abgehalten.¹⁶ Während in der CDU ein vertikaler Gegensatz zwischen Parteiführung und Basis ausgemacht werden konnte, schwelte der Konflikt in der SPD stärker auf horizontaler Ebene, also zwischen dem linken und rechten Flügel. Die personellen Resultate gefielen nicht allen, hatten aber das Potenzial, die Partei zu befrieden. Dies sollte in beiden Parteien aufgehen.

Die SPD bewegte sich nach den unglücklichen Amtszeiten von Martin Schulz und Andrea Nahles mit der Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans in ruhigere Fahrwasser. Offenbar brauchte es eine linke Parteispitze, die die traditionell als links geltenden Jusos hinter sich wusste, um Kritik an der Großen Koalition zu kanalisieren. Das neue Führungsteam der SPD, das mit Skepsis gegenüber der Großen Koalition angetreten war, konnte sich auf eine breite innerparteiliche Legitimation stützen. Auf dieser Basis hielt die SPD bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 in der Großen Koalition durch, was ihr zugleich Luft für linke Akzentsetzungen im Bundestagswahlkampf verschaffte. In der CDU beruhigte sich ebenfalls die innerparteiliche Stimmung nach der Wahl des neuen Parteivorsitzenden durch die Mitglieder. Ähnlich wie bei der SPD mussten zwei Parteiführungen scheitern, bevor man sich zur Abhaltung einer Mitgliederbefragung entschied. Dagegen musste die CDU bei der Bundestagswahl einen doppelten Schock verkraften. Sie sah sich mit dem schmerzhaften Verlust von Stimmen und der Kanzlerschaft konfrontiert. Vor diesem Hintergrund wurde ihre Mitgliederbefragung eingeleitet, die endlich den schwelenden Konflikt zwischen der eher als konservativ wahrgenommenen Parteibasis und dem modernisierungsfreundlichen Partiestablishment in Berlin beenden sollte.

Bei beiden analysierten Mitgliederbefragungen wurde eine Abgabe von Macht der oberen Partieliten an die Parteibasis festgestellt. Dadurch gewannen parteiinterne Gruppen mit Mobilisierungsfähigkeit an Einfluss. Die Jugendorganisationen von CDU und SPD warfen ihr

innerparteiliches Gewicht in die Waagschale. Angesichts dessen wurde der damalige Vorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, in den Medien gar als heimlicher Anführer seiner Partei bezeichnet.¹⁷

Dynamiken innerparteilicher Repräsentation an der Spitze von Parteien

Die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse bei CDU und SPD in jüngerer Zeit ist noch experimentell. Anstelle der traditionellen „Krönungsmessen“ wurden teilweise partizipative Mitgliederbefragungen durchgeführt, begleitet von deliberativen Regionalkonferenzen. Obwohl nicht alle Entscheidungsprozesse in vollem Umfang demokratisiert wurden, haben sich einige Elemente herauskristallisiert:

1. **Dezentralisierung** der Entscheidungsfindung durch Regionalkonferenzen
2. **Mitgliederinklusion** erhöht durch entscheidende Mitgliederbefragungen
3. **Offener Wettbewerb** mit knappen Ergebnissen durch die Kandidatur mehrerer Personen

Warum ist diese Demokratisierung experimentell? Erstens trat sie nicht bei allen Entscheidungsprozessen in vollem Umfang auf. Zweitens wurden Regionalkonferenzen und Mitgliederbefragungen nicht fest in die Satzungen verankert. Drittens muss gemäß Parteiengesetz weiterhin ein Parteitag abgehalten werden, der die neue Parteispitze formal wählt. Beide Parteien lernen hingegen organisatorisch, mit offenem Ausgang.

Kann dies die innerparteiliche Demokratie und sogar die Parteien revitalisieren? Obwohl inklusive Verfahren taktisch motiviert sein können, berücksichtigen sie veränderte Partizipationsbedürfnisse der Bevölkerung. Die nachlassende Beteiligung bei der jüngsten Mitgliederbefragung der SPD könnte allerdings auch auf partizipative Ermüdung hindeuten. Andererseits kann die Demokratisierung innerparteilicher Demokratie auch Effekte beinhalten, die nicht intendiert waren. Innerparteiliche Machtverhältnisse können sich verschieben. Die Ergebnisse waren aus Sicht der Bundesgeschäftsstellen der Parteien entweder schlechter (SPD) oder besser (CDU) kalkulierbar. Beide Parteien haben damit womöglich eine Entwicklung befördert, bei der die klassische Parteifunktionärskarriere als maßgebliche Rekrutierungsbedingung ins Hintertreffen geraten könnte.

Hat sich damit eine Tür für neues politisches Spitzenpersonal anderer Couleur mit Outsider-Nimbus geöffnet? Neue Pfade werden in der Literatur mit den Begriffen der „politischen Entrepreneurisierung“ und „politischen De-Professionalisierung“ diskutiert.¹⁸ Dabei ist schlussendlich auch auf destruktive Gefahren für die deutsche Parteiendemokratie und ihrem bewährten Pluralismus hinzuweisen, insofern als Kandidierende Mitgliederbefragungen auch für Vereinfachungen und populistische Botschaften nutzen könnten.

¹ Vgl. Biezen, Ingrid van/Poguntke, Thomas (2014): The decline of membership-based politics, in: Party Politics, 20. Jg., H. 2, S. 205–216 und für Deutschland Wiesendahl, Elmar/Höhne, Benjamin/Cordes, Malte (2018): Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., H. 2, S. 304–324.

² Vgl. Ignazi, Piero (2020): The four knights of intra-party democracy: A rescue for party delegitimation, in: Party Politics, 26. Jg., H. 1, S. 9–20.

³ Vgl. Lewandowsky, Marcel (2022): Populismus. Eine Einführung, Wiesbaden.

- 4 Vgl. Hopkin, Jonathan (2001): Bringing the members back in? Democratizing candidate selection in Britain and Spain, in: *Party Politics*, 7. Jg., H. 3, S. 343–361; Bolin, Niklas/Aylott, Nicholas/Berge, Benjamin von dem/Poguntke, Thomas (2017): Patterns of Intra-Party Democracy across the World, in: Susan E. Scarrow, Paul D. Webb und Thomas Poguntke (Hrsg.): *Organizing Political Parties. Representation, Participation, and Power*, Oxford, S. 158–184; Rahat, Gideon/Shapira, Assaf (2017): An Intra-Party Democracy Index. Theory, Design and A Demonstration, in: *Parliamentary Affairs*, 70. Jg., H. 1, S. 84–110.
- 5 Vgl. Luca, Mariano de/Venturino, Fulvio (2015): Democratizing Candidate Selection in Italy and France, in: Giulia Sandri, Antonella Seddone und Fulvio Venturino (Hrsg.): *Party primaries in comparative perspective*, Farnham, Surrey, S. 129–144; Garland, Jessica (2016): A Wider Range of Friends: Multi-speed Organising during the 2015 Labour Leadership Contest, in: *The Political Quarterly*, 87. Jg., H. 1, S. 23–30; Lefebvre, Rémi/Treille, Éric (2017): The introduction of open primaries among Les Républicains and the Parti Socialiste, in: *Revue française de science politique*, 67. Jg., H. 6, S. 1167–1185; Alexandre-Collier, Agnès/Avril, Emmanuelle (2021): The Use of Primaries for the Selection of Party Leaders in the UK Conservative and Labour Parties. Formal Rules and Ideological Congruence, in: Giulia Sandri und Antonella Seddone (Hrsg.): *New Paths for Selecting Political Elites Investigating the Impact of Inclusive Candidate and Party Leader Selection Methods*, London/New York, S. 160–179.
- 6 Vgl. Carty, R. Kenneth/Blake, Donald E. (1999): The Adoption of Membership Votes for Choosing Party Leaders. The Experience of Canadian Parties, in: *Party Politics*, 5. Jg., H. 2, S. 211–224; Kenig, Ofer/Rahat, Gideon/Tuttnauer, Or (2015): Competitiveness of Party Leadership Selection Processes, in: William P. Cross und Jean-Benoit Pilet (Hrsg.): *The Politics of Party Leadership. A Cross-National Perspective*, Oxford, S. 50–72.
- 7 Vgl. dazu die Fallbeispiele aus französischen Parteien bei Lefebvre/Treille 2017, a.a.O.
- 8 Vgl. Cross, William P./Pruysers, Scott (2019): Sore losers? The costs of intra-party democracy, in: *Party Politics*, 25. Jg., H. 4, S. 483–494; Greene, Zachary/Haber, Matthias (2016): Leadership Competition and Disagreement at Party National Congresses, in: *British Journal of Political Science*, 46. Jg., H. 3, S. 611–632.
- 9 Vgl. Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*, New Haven.
- 10 Vgl. Davis, James W. (1998): *Leadership Selection in Six Western Democracies*, Westport; Astudillo, Javier/Detterbeck, Klaus (2020): Why, sometimes, primaries? Intraparty democratization as a default selection mechanism in German and Spanish mainstream parties, in: *Party Politics*, 26. Jg., H. 5, S. 594–604.
- 11 Vgl. Cross, William P./Pilet, Jean-Benoit (2014): The Selection of Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies, in: Jean-Benoit Pilet und William P. Cross (Hrsg.): *The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies. A Comparative Study*, London/New York, S. 1–11; Detterbeck, Klaus/Rohlfing, Ingo (2014): Party Leader Selection in Germany, in: Jean-Benoit Pilet und William P. Cross (Hrsg.): *The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies. A Comparative Study*, London/New York, S. 77–92.
- 12 Vgl. Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès (2021): No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and “Movement-Party” Strategy, in: *Politics and Governance*, 9. Jg., H. 4, S. 263–274.

- ¹³ Vgl. Küppers, Anne (2021): Effects of Party Primaries in German Regional Party Branches, in: *German Politics*, 30. Jg., H. 2, S. 208–226.
- ¹⁴ Vgl. Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.) (2011): *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden.
- ¹⁵ Vgl. Hopkin, Jonathan (2001): Bringing the members back in? Democratizing candidate selection in Britain and Spain, in: *Party Politics*, 7. Jg., H. 3, S. 343–361; Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1. Jg., H. 1, S. 5–28.
- ¹⁶ Vgl. Decker, Frank (2018): Die Lage der SPD im Spiegel der Krise der europäischen Sozialdemokratie, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 65. Jg., H. 3, S. 63–67; Oppelland, Torsten (2020): Die CDU: Volkspartei am Ende der Ära Merkel, in: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland*, Wiesbaden, S. 43–69.
- ¹⁷ Vgl. Neubacher, Alexander (2021): Sprengkommando Kühnert, in: *Der Spiegel*, 9. Oktober 2021, www.spiegel.de/politik/deutschland/doku-ueber-spd-politiker-sprengkommando-kevin-kuehnertkolumne-a-f81741d6-e46e-41f7-8191-649bb2bb2011 (Zugriff am 20. April 2023).
- ¹⁸ Vgl. bspw. Wiesendahl, Elmar/Adorf, Philipp (2022): Unternehmerpopulismus als machtstrategisches Erfolgskonzept, in: Frank Decker, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf (Hrsg.): *Aufstand der Außenseiter: Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus*, Baden-Baden, S. 85–100; Linden, Markus (2023): Hubert Aiwanger und Boris Palmer: Zum Stil des populistischen Politikunternehmers, in: *Dialog Forum. Perspektiven aus der Mitte Europas* (<https://forumdialog.eu/2023/10/26/hubert-aiwanger-und-boris-palmer-zum-stil-des-populistischenpolitikunternehmers/>, Zugriff am 27. Oktober 2023).

Impressum

Der Autor der Studie

Dr. Benjamin Höhne vertritt seit April 2024 die Professur für Europäische Regierungssysteme im Vergleich an der Technischen Universität Chemnitz. Im Sommersemester 2023 war er Vertretungsprofessor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Münster. 2022 forschte er als DAAD/AGI Research Fellow an der Johns Hopkins University in Washington, DC. Seine Dissertation über die Rekrutierung von Europaabgeordneten wurde 2014 mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages ausgezeichnet.

Ansprechpartner

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Marcel Schepp

Referent Internationaler Parteidialog | Staatsmodernisierung
Abteilung Demokratie, Recht und Parteien
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3499
marcel.schepp@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Gestaltung: yellow too Pasiak & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).